

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
39. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
21.02.2019

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 21.02.2019

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018
 2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.07.2018 aus öffentlicher Sitzung
 3. Bebauungsplan Nr. 41- Thornstraße - 4.Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 4. Bebauungsplan Nr. 121 – Drinhausen-Süd – 1. Änderung
Hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 5. Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 6. Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 7. Forstwirtschaftsplan 2019
 8. Jahresbericht 2018 der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
 9. Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2019 gem. § 4 GeschO betr. Teilhabechancengesetz für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt
 10. Erweiterungen zur Tagesordnung
 11. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 12. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

B) Nichtöffentliche Sitzung

13. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.07.2018 aus nichtöffentlicher Sitzung
14. Erweiterung der vorhandenen Hundewiese zu einer Hundetagesstätte
15. Vergabeangelegenheit
- 15.1. Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg
16. Abgabe einer Verpflichtungserklärung gegenüber der Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH im Hinblick auf Folgekosten
17. Erweiterungen zur Tagesordnung
18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Tim Böven	SPD	
Herr Bernhard Brade	CDU	abwesend innerhalb TOP 14 während der Abstimmung
Frau Claudia Burghardt	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Lars Kohnen	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Rene Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heinrich Schmalen		
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Herr Frank Kozian B'90/Die Grünen
Herr Rainer Reißmayer B'90/Die Grünen

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen
Herr Stadtoberinspektor Thomas de Jong
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Bischoff bis Ende TOP 8, 18.35 Uhr

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Jutta Gündling

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die Zuschauer. Anschließend verabschiedete er die ehemalige Stadtverordnete Karin Fürkötter, die ihr Mandat zum 31.01.2019 niedergelegt hat. Er dankte ihr für ihre jahrzehntelange Ratsarbeit und würdigte ihr Engagement.

Danach begrüßte Bürgermeister Jungnitsch den neuen Stadtverordneten Heinrich Schmalen und nahm dessen Einführung und Verpflichtung vor. Dazu verlas er folgende Verpflichtungserklärung:

“Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.”

Die Niederschrift über die Verpflichtung wurde durch Stadtverordneten Heinrich Schmalen unterzeichnet und durch Bürgermeister Jungnitsch geschlossen.

Anschließend informierte Bürgermeister Jungnitsch darüber, dass der nichtöffentliche Tagesordnungspunkt 15.1 „Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg“ aufgrund neuer Entwicklungen obsolet sei. Die Verwaltung habe die Rats- und Ausschussmitglieder hierüber bereits am 08.02.2019 per Schreiben informiert. Er schlug daher vor, den Tagesordnungspunkt abzusetzen.

Beschluss:

Tagesordnungspunkt 15.1 „Sicherheitsdienst an den Grundschulen in Übach-Palenberg“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Die SPD-Fraktion erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2018

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 28.11.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.07.2018 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 05.07.2018 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

**3 Bebauungsplan Nr. 41- Thornstraße - 4.Änderung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf die Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und des Haupt- und Finanzausschusses, nachträglich noch Festsetzungen für Trauf- und Firsthöhen auf Basis der Bestandsbebauung einzuarbeiten und stellte diese Änderung mit zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Planentwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 – Thornstraße – im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a wird mit der Änderung, dass nachträglich noch Festsetzungen für Trauf- und Firsthöhen auf Basis der Bestandsbebauung eingearbeitet werden, beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 – Thornstraße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**4 Bebauungsplan Nr. 121 – Drinhausen-Süd – 1. Änderung
Hier: Beschluss des Planentwurfs und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf die Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und des Haupt- und Finanzausschusses, die Variante 1 als Grundlage für die weitere Bauleitplanung zu nehmen und stellte diese mit zur Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Aus den vorgestellten Varianten soll die Variante Nummer 1 als Grundlage für die weitere Bauleitplanung dienen (Die Variante Nummer 1 ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Auf Basis dieser Variante wird ein Bebauungsplanentwurf in Anlehnung an den Ursprungsbebauungsplan entwickelt.**
- 3. Dieser Entwurf wird für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB genutzt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**5 Bebauungsplan Nr. 126 - Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschluss:

- 1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gefasst.**
- 2. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird beschlossen (Der Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung sind Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.).**
- 3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 126 – Beggendorfer Straße - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

**6 Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird gefasst.
2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird beschlossen (Der Entwurf des Bebauungsplanes, textliche Festsetzungen und Begründung sind Bestandteil der Sitzungsvorlage und in der Urschriftensammlung enthalten.).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 129 - Seniorenwohnanlage Hovergracht - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

7 Forstwirtschaftsplan 2019

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2019 wird zustimmend zur Kenntnis genommen (Der Forstwirtschaftsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

8 Jahresbericht 2018 der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg

Gleichstellungsbeauftragte Bischoff stellte dem Rat ihren ersten Gleichstellungsbericht für das Jahr 2018 vor. Ihr Bericht ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten. Im Anschluss beantwortete sie Rückfragen der Fraktionen zu ihrer Arbeit.

Fraktionsübergreifend wurde der Jahresbericht 2018 der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg positiv zur Kenntnis genommen.

9 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2019 gem. § 4 GeschO betr. Teilhabechancengesetz für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt

Die SPD-Fraktion verwies auf ihre Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss und erkundigte sich nach neuen Informationen von Seiten der Verwaltung.

Seitens der Verwaltung wurde dargelegt, dass sie zur Prüfung der Möglichkeiten der Umsetzbarkeit des Antrages insbesondere vor dem Hintergrund des Stärkungspaktes sowie des Personalentwicklungskonzeptes Kontakt mit der Bezirksregierung Köln, dem Jobcenter des Kreises Heinsberg und dem zuständigen Referenten des Städte- und Gemeindebundes aufgenommen habe. Aufgrund der Aktualität des am 01.01.2019 in Kraft getretenen Teilhabechancengesetzes, lägen sowohl von Seiten des Ministeriums als auch der Bezirksregierung noch keine entsprechenden Handlungsempfehlungen für Stärkungspaktkommunen vor. Sobald neue Informationen vorlägen, würde der Rat selbstverständlich hierüber in Kenntnis gesetzt werden. Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass er die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes bei einem anstehenden Termin mit dem Geschäftsführer der Arbeitsagentur Aachen/Düren thematisieren werde.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe, eine Entscheidung jedoch nicht treffen wolle, soweit die rechtlichen Grundlagen nicht geklärt seien. Sie schlug daher vor, den Antrag bis zur abschließenden Klärung zurückzustellen.

Die SPD-Fraktion legte dar, weshalb eine Beschlussfassung in ihren Augen zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei.

Nach einer ausführlichen Abwägung des Für und Wider wurde die Beschlussempfehlung des Antrags dahingehend erweitert, dass die Rahmenbedingungen für die Stadt als Stärkungspaktkommune gegeben sein müssen.

Diesem Vorschlag konnten sich alle Fraktionen anschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beauftragt die Verwaltung, bis zu drei Arbeitsplätze nach dem Teilhabechancengesetz und/oder dem Förderinstrument „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ anzubieten, wenn die Rahmenbedingungen dies für Übach-Palenberg als Stärkungspaktkommune ermöglicht und die Aufsichtsbehörde gegebenenfalls notwendige Genehmigungen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung.

10 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

11 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es lagen keine Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

12 Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer Beeck berichtete zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg. Sein Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anfragen der SPD-Fraktion:

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion teilte Bürgermeister Jungnitsch mit, dass er und der Erste Stadtbeigeordnete Mainz an der 5. Sitzungen der Steuerungsgruppe zur Wohnungsmarkstudie Kreis Heinsberg am 30.01.2019 teilgenommen hätten und berichtete darüber. Er sagte zu, dass die abschließenden Ergebnisse und Inhalte der Studie im zuständigen Gremium der Stadt Übach-Palenberg vorgestellt würden.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion teilte Bürgermeister Jungnitsch mit, dass das Bürgerbüro aufgrund krankheitsbedingter Personalengpässe momentan auch mittwochvormittags geschlossen sei, damit die Mitarbeiter Arbeitsrückstände aufarbeiten könnten. Den Mittwochvormittag habe die Verwaltung aufgrund der ausgewerteten Besucherfrequenzen gewählt. Er wies auf die Möglichkeit hin, in besonderen Fällen außerhalb der Öffnungszeiten Terminabsprache vereinbaren zu können und dass die Servicestelle von der Änderung nicht betroffen sei.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 19.12 Uhr die öffentliche Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Gündling
Schriftführerin